

Land in Sicht

BODENHAFTUNG Agrarflächen sind vielerorts zum teuren Handelsgut geworden. Großbetriebe sind dabei im Vorteil. Doch Genossenschaften engagieren sich, damit Landwirte auch künftig Zugang zu bezahlbarem Ackerland bekommen

VON ANDREAS LOHSE

Boden ist nicht vermehrbare. Und Agrarflächen sind begehrte. Das mussten in den vergangenen Jahren Landwirte nicht zuletzt im Osten der Republik feststellen: Nach dem Mauerfall entstanden dort aus den vormaligen Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) flächenstarke Privatbetriebe, weil Bundesbehörden die Ländereien der Einfachheit halber gleich großformatig auf dem Markt anboten, statt sie in kleine Losen aufzuteilen.

Auch finanzkräftige Agrarkonzerne sind in den letzten Jahren stark expandiert. So bewirtschaftet etwa die norddeutsche KTG Agrar SE konzernweit 45.000 Hektar (2011: 35.000 ha), davon nach Angaben des regionalen Bauernbunds rund 17.100 Hektar allein in Brandenburg. KTG erzielte 2014 einen Umsatz von 234 Millionen Euro.

Hinzu kommen weitere „auswärtige Kapitalanleger“, so der Bauernbund, die nach letzten vorliegenden Zahlen Ende 2014 allein in Brandenburg Flä-

chen von insgesamt mindestens 111.800 Hektar besaßen. Darunter sind auch vormals branchenfremde Konzerne wie Lindhorst (Immobilien, Seniorenpflege) und Steinhoff (Möbel). Während KTG auf vielen Flächen selbst Nahrungsmittel produziert, nutzen andere die Ländereien oft für Maisanbau zur Verstromung in Biogasanlagen. Solche Unternehmen können deutlich mehr und größere Flächen kaufen als Kleinbetriebe, da diese mit dem Ertragswert kalkulieren müssen – also mit dem Wert, der sich mit dem Boden tatsächlich landwirtschaftlich erzielen lässt.

Dieses Phänomen prägte auch hierzulande den Begriff „Landgrabbing“ – bislang vor allem in Entwicklungsländern gebräuchlich für die illegitime Aneignung von Landflächen seitens durchsetzungsstarker Konzerne, einhergehend mit der Vertreibung der ländlichen Bevölkerung auf weniger fruchtbare Flächen. In Deutschland meint man damit vor allem den Entzug nutzbarer Bodens durch Großbetriebe. Kleinbe-



Kleinbetriebe müssen mit dem Ertragswert kalkulieren, der sich mit dem Boden landwirtschaftlich erzielen lässt Foto: Thomas Kläber/transit

trieben bleiben kaum Expansionsmöglichkeiten, zumal Kauf- und Pachtpreise steigen.

Auch für Biolandwirte ist dies problematisch. Im Jahr 2010 wurden nach Angaben des Naturschutzbundes (Nabu) 5,9 Prozent der Agrarflächen in Deutschland ökologisch bewirtschaftet, 2014 waren es nach Angaben des Bundes Ökologische Lebensmittelwirtschaft mit 6,5 Prozent nur wenig mehr.

Doch es gibt Initiativen, die sich genau dieses Problems annehmen. „Auf der einen Seite geben jedes Jahr zig Bauernhöfe in Deutschland auf, weil es keine Nachfrage gibt oder sich die Bewirtschaftung nicht mehr rechnet. Auf der anderen Seite wollen viele junge Landwirte gerne nach ökologischen Kriterien arbeiten – doch sie haben meistens nicht die Mittel für Hof und Land“, heißt es etwa im Konzept der Genossenschaft Bioboden. Die Initiative (Claim: „Ackerland in Bürgerhand“) wurde im April 2015 gegründet und feiert dieser Tage einjähriges Jubiläum. Sie erwirbt auf Nachfrage von Landwirten Flächen und verpachtet ihnen diese dauerhaft. Auflage: Bewirtschaftung nach den Grundsätzen eines Ökoanbaubetriebs.

Bei der Zeichnung von Genossenschaftsanteilen zählt vor allem der ideelle Wert

Finanziert wird der Landkauf über Genossenschaftsanteile von mindestens 1.000 Euro. Mit der bisherigen Entwicklung sei man „sehr zufrieden“, betont Sprecherin Sophia Krebber. Immerhin wurden mehr als 1.900 Mitglieder gewonnen. Sie zeichnen 10.000 Anteile mit einem Kapitalzufluss von zehn Millionen Euro. „Das ist eine großartige Bestätigung der Arbeit von Bioboden.“

Bislang hat die Genossenschaft rund 500 Hektar Ackerfläche gekauft. An acht Partnerhöfe in vier Bundesländern wurde Land verpachtet – zwei weitere Betriebe wurden komplett übernommen. Die Genossenschaftsanteile sind im Übrigen die einzige Geldquelle der Organisation. Ein gewinnbringender Weiterverkauf von erworbenen Flächen sei ausgeschlossen, so Sophia Krebber.

Eine individuelle Rendite darf man als Mitglied bislang indes nicht erwarten und die Divi-

dende ist eher symbolisch: Sicherung von Boden für den Biolandbau in Deutschland.

Ein ähnliches Modell bietet die im Januar 2015 gegründete Genossenschaft Ökonauten. Sie unterstützt nach eigenen Angaben „Betriebsgründungen, indem sie mit ihren Mitgliedern Land erwirbt und dieses Existenzgründern zur Verfügung stellt“. Die Ökonauten sehen sich als Bürgergenossenschaft und fördern die „Erzeugung von qualitativ hochwertigen Lebensmitteln aus der Region“.

Nach Angaben des Ökonauten-Sprechers Willi Lehnert läuft die Akquisition neuer Mitglieder „sehr gut“. Viele Menschen „sind für das Thema Landgrabbing sensibilisiert und wollen dagegen aktiv werden“. Insgesamt haben bislang 71 Mitglieder 221 Anteile für mehr als 55.000 Euro gezeichnet.

Im August vergangenen Jahres wurde eine erste Fläche von 4,4 Hektar im brandenburgischen Velten, nördlich von Berlin, gekauft und an eine Junglandwirtin verpachtet. Dort sollen nun Walnussbäume wachsen und die Früchte später als Bioware vermarktet werden. Die Ökonauten sprechen nach eigenen Angaben „bewusst

Konsumenten an, die sich über den Supermarkteinkauf hinaus mehr für die ökologische Landwirtschaft in der Region engagieren wollen“.

Bei der Zeichnung von Genossenschaftsanteilen zählt vor allem der ideelle Wert, eine monetäre Rendite ist nicht vorgesehen. Hauptziel der Ökonauten ist die Sicherung von Land, die Förderung von Existenzgründern und die Erhöhung des Anteils ökologischer Lebensmittel in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg.

An der Genossenschaft kann man sich mit Anteilen zu je 250 Euro beteiligen, mindestens zwei Anteile sind erforderlich. Mittelfristig werden den Mitgliedern Lebensmittel bereitgestellt, die transparente Preisgestaltung soll alle Erzeugungskosten offenlegen. Hinzu kommen Hofführungen und Bildungsangebote.

Auch die Ökonauten verkaufen das erworbene Land nicht. Willi Lehnert: „Damit entziehen wir die Flächen dem Bodenmarkt und den üblichen Marktkräften.“ Landgrabbing der etwa anderen Art.

■ www.bioboden.de
 ■ www.oekonauten-eg.de

solarcomplex:
 sonne • wind • wärme
3% Rendite
 3 Jahre fest | ab 3.000 € und gerne mehr.
 Die ökologische Geldanlage zur Energiewende.
 www.solarcomplex.de

Briefkastenfirma in Panama oder soziale Verantwortung?

Oikocredit zeigt, dass Geldanlage und soziale Verantwortung zusammenpassen.
 Mit Ihrer Geldanlage bei Oikocredit bewirken Sie Positives: Sie investieren in Genossenschaften, Mikrofinanzinstitute und andere sozial orientierte Unternehmen in Ländern des globalen Südens.
 Damit fördern Sie nachhaltige Entwicklung.

Keine Briefkastenfirma. Garantiert sozial. Seit 1975.
 www.oikocredit.de

OIKO CREDIT
 in Menschen investieren

Kohle für Kohlendioxid lässt Wasser fließen

ABGABE CO₂-Steuer kann weltweit Versorgungslücken beim Trinkwasser schließen

Über 700 Millionen Menschen haben kein fließendes Wasser. Eine Steuer auf Kohlendioxid (CO₂) könnte Abhilfe schaffen und gleichzeitig viel zum Klimaschutz beitragen. „Bis 2030 ließe sich in den meisten Ländern weltweit eine flächendeckende Versorgung mit Trinkwasser finanzieren“, sagt Michael Jakob, Leitautor der Studie vom Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC) in Berlin. Allein in Indien würde eine CO₂-Steuer rund 115 Milliarden US-Dollar im Jahr

einbringen „und nur einen Bruchteil davon bräuchte man für sauberes Wasser – zusätzlich bliebe genug Geld für sanitäre Anlagen und Strom“. Die benötigte Infrastruktur würde dort etwa vier Prozent der Einnahmen kosten.

Nicht reichen würden die Mittel vor allem in Afrika südlich der Sahara. Hier sind die CO₂-Emissionen sehr niedrig und eine Steuer brächte wenig ein. „Doch diese finanzielle Lücke könnte geschlossen werden, wenn man berücksichtigt, dass

Entwicklungsländer ihr Nutzungsrecht an der Atmosphäre noch nicht ausgeschöpft haben“, erklärt Jakob. „Vermeidung von Emissionen würde dann zu Ausgleichszahlungen vonseiten der Industriestaaten führen.“

Die MCC-Studie, die neben Wasser, Sanitäranlagen und Strom auch die Entwicklungsmöglichkeiten bei Telekommunikation und Straßen untersucht, wurde im April veröffentlicht. Für ihre Berechnungen gehen die Forscher davon aus, dass weltweit jedes Land ab so-

fort eine wachsende CO₂-Steuer einführt. Im Jahr 2020 müsste sie 40 US-Dollar pro Tonne CO₂ betragen und bis 2030 auf 175 Dollar ansteigen.

Die Steuer bestraft die Nutzung fossiler Energien und schafft Anreize für CO₂-freie Technologien. Mit Geld, das nicht für die Versorgung gebraucht wird, könnten Folgen des Klimawandels abgedefert werden. Davon seien gerade Entwicklungsländer betroffen, etwa durch den steigenden Meeresspiegel.

No Risk, no Sun?

GELDANLAGE Investitionsmöglichkeiten in erneuerbare Energien gibt es viele, doch die Risiken sind sehr unterschiedlich

VON BERNWARD JANZING

Und wieder ist viel Geld von Privatlegern futsch: Der Holzpelletproduzent German Pellets musste im Februar Insolvenz anmelden. Die Genussscheine und Anleihen des Unternehmens sind an der Börse inzwischen praktisch wertlos, sie notierten in den vergangenen Wochen nur noch bei einem oder auch zwei Prozent des Nennwertes – der Markt rechnet praktisch mit einem Totalverlust.

Bitter ist das auch für die mehr als 10.000 Kleinanleger, die einen guten Teil jener weit mehr als 200 Millionen Euro aufbrachten, die German Pellets in den vergangenen Jahren eingeworben hatte. Drei Anleihen und ein Genussrecht lockten einst mit Renditen von bis zu acht Prozent, doch dieses Geld konnte die Firma mit Sitz in Wismar nicht erwirtschaften.

So bleibt nun die Frage: Was können Anleger, die ökologisch investieren wollen, aus der Pleite lernen? Verschiedenes: zum einen die nicht ganz neue Erkenntnis, dass hohe Renditen immer auch mit hohen Risiken einhergehen. Man muss sich als Anleger nur die ganz banale Frage stellen: Warum bezahlt eine Firma ihren Geldgebern so hohe Zinsen, während Banken inzwischen Kredite zu Mizinzinsen vergeben? Die nächst-

liegende Antwort: Weil das Unternehmen bei der Bank den nötigen Kredit nicht mehr bekommt.

Des Weiteren sollten Investoren die unternehmerische Konstruktion ihres Geschäftspartners betrachten. Wer Anleihen oder Genussrechte einer Firma kauft, hat kein Mitspracherecht, wer Anteilseigner etwa einer GmbH & Co. KG oder einer Genossenschaft wird, kann hingegen über die Gesellschafterversammlung mitentscheiden.

Warum zahlt eine Firma hohe Zinsen, obwohl Kredite gerade günstig sind?

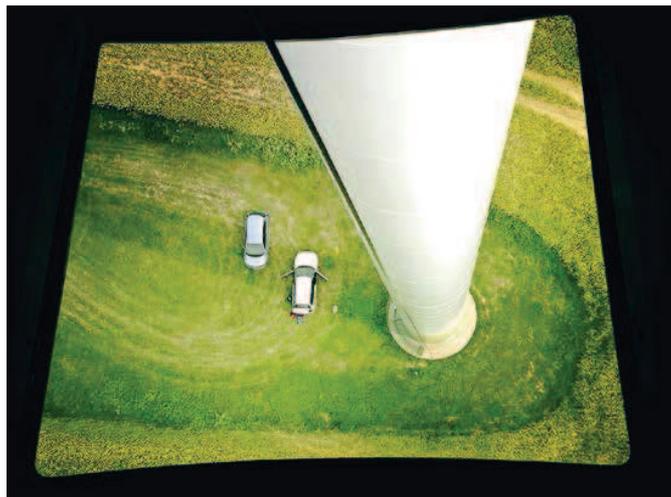
Ebenso natürlich Aktionäre. Und das hat erhebliche praktische Bedeutung: Es hat schon Fälle gegeben, in denen Kommanditisten den Geschäftsführer ihrer Gesellschaft rauswerfen und einen neuen wählen. Kauft man Anleihen oder Genussscheine, wie im Fall German Pellets, kann man den Geschäftsführer jedoch nicht abwählen, wenn die Geschäfte schlecht laufen. Das Mitspracherecht sollte man als Anleger also nicht unterschätzen.

Ansonsten ist es wichtig, sich die möglichen Arten von Risiken

einer Ökoinvestition nüchtern vor Augen zu führen. Da gibt es zum einen Risiken, die in den handelnden Personen liegen, also in möglicherweise unfähigen, unseriösen oder gar kriminellen Akteuren. Das zweite sind Risiken der betreffenden Märkte, in denen das Unternehmen agiert. Und das dritte sind Risiken des konkreten Projektes, wie falsche Technik oder ein falscher Standort.

Also der Reihe nach. Gegen das Risiko, den falschen Akteuren in die Arme zu rennen, hilft es oft, sich die Personen anzuschauen. Einfach ist das, wenn es sich um regionale Anbieter handelt. Wer sind die handelnden Akteure? Will man denen sein Geld anvertrauen? Ideal sind Bürgerprojekte, oder solche von Unternehmern, die in der Energieszene bekannt sind und auch Referenzobjekte vorweisen können. Solche Aspekte können sogar wichtiger sein als alle Angaben in einem von der Finanzdienstleistungsaufsicht geprüften Anlageprospekt.

Als nächstes sind die Märkte zu bewerten. Je komplexer die Abhängigkeiten sind, umso kritischer sind die Anlageformen für Privatinvestoren. Denn welcher Kleinanleger kann zum Beispiel – um beim Fall German Pellets zu bleiben – die internationalen Holzmarkt angemessen bewerten?



In Windanlagen investieren? Klar, aber am besten regional! Foto: Paul Langrock/Zenit/laif

Eine Firma hingegen, die ein lokales Holzheizwerk mit Brennstoff aus der Region betreibt und über ein Nahwärmenetz einen Stadtteil mit Wärme versorgt, ist weniger marktsensibel. Dagegen ist die Investition in ein Solarunternehmen, das weltweit agiert (entsprechend bittere Erfahrungen haben zum Beispiel die Anleger von Solarworld im Jahr 2013 gemacht), anfälliger für turbulente Weltmärkte als in eine konkrete Solaranlage in der Region.

Bei weniger komplexen Geschäftsmodellen, wie Windkraft- oder Photovoltaikprojekten, zählt dann für Investoren

vor allem das dritte Kriterium: Ist der Standort gut und taugt die Technik? Die Technik ist inzwischen etabliert, da gibt es bei neuen Ökostromerzeugern selten noch Überraschungen. Also bleibt heute vor allem die Standortfrage. Zum einen natürlich rein von der physischen Geografie her: Ist der Windstandort attraktiv? Wer regional investiert, ist im Vorteil, wenn er die Örtlichkeiten kennt.

Die Bedeutung einer guten Standortwahl ist aber auch politisch zu verstehen. Wer im Ausland investiert, sollte sich genau informieren, wie es dort um die Rechtssicherheit steht.

Spanien zum Beispiel kürzte in der Vergangenheit Einspeisevergütungen, die für erneuerbare Energien zugesagt waren. Auch Tschechien trat die Investitionssicherheit mit Füßen, indem das Land Garantien kassierte. In Deutschland gilt der rechtstaatliche Grundsatz des Vertrauensschutzes.

Fazit: Die Risiken einer Investition sind oft besser abzuschätzen, wenn man regional investiert – bekannte Standorte, Akteure und Rahmenbedingungen. Das ist der Charme der erneuerbaren Energien, sie fallen so dezentral an.

Die Masse macht's

PLATTFORM Die Deutsche Umweltstiftung sammelt mit EcoCrowd Spenden

Das Streuobstwiesenprojekt Blühtopia, die Biensausauna für parasitengeplagte Immen, Plastikrecycling in Ghana: auf EcoCrowd.de geht es mächtig nachhaltig zu – kein Wunder, denn hinter der im Jahr 2014 gestarteten Crowdfunding-Plattform steckt federführend die Deutsche Umweltstiftung.

Die älteste und größte deutsche Bürgerstiftung hat in den dreieinhalb Jahrzehnten seit ihrer Gründung schon viele Ökoprojekte realisiert, oft mit geringen Mitteln und auf Basis ehrenamtlicher Arbeit. Und bleibt dabei offen für neue Wege. Zum Fundraising kommt neuerdings das Crowdfunding dazu. Schon beim klassischen „Spendensammeln“ geht es darum, aus vielen Kleinbeträgen einen großen Batzen für den guten Zweck zu erhalten. Im Webzeitalter wird dafür schlicht ein Schwarm aus Webnutzern eingespannt, auch „Crowd“ genannt. Oder, im Fall der Deutschen Umweltstiftung, die EcoCrowd.

Die gleichnamige Plattform sei als „Schaufenster der Nachhaltigkeit“, gedacht, so Saskia Letz, EcoCrowd-Projektleiterin bei der Deutschen Umweltstif-

tung: „Sie soll zeigen, was durch gemeinschaftliches nachhaltiges Engagement möglich ist, und inspirieren.“

Seit dem Start hat die Ökoraufwinding-Community rund um EcoCrowd.de schon mehr als 180.000 Euro für insgesamt 26 Projekte gesammelt. Gar nicht schlecht für so eine kleine Plattform. Ein Blick auf den Crowdfunding-Monitor des Portals fuer-gruender.de zeigt: Insgesamt wurden im Jahr 2015 in Deutschland knapp zehn Millionen Euro mit klassischem Crowdfunding gesammelt, das meiste davon über den Marktführer Startnext.

Verspricht man den Leuten noch eine Rendite obendrauf, ist die Crowd sogar noch weitaus spendabler – gerade bei nachhaltigen Projekten. Alleine 2015 trugen deutsche Crowdfunder dem Crowdfunding-Monitor zufolge auf spezialisierten Plattformen wie eoneers, bettervest oder green money mehr als 6 Millionen Euro zusammen.

Bei EcoCrowd läuft das allerdings anders: „Bei unserer Form des Crowdfundings handelt es sich nicht um Investments, sondern um die meist aus ideeller

Motivation erwachsende Unterstützung nachhaltiger Initiativen“, so Saskia Letz. Im Vordergrund stehe der Wunsch, ein gemeinsames Ziel zu verwirklichen.

Als Belohnung für die Unterstützer winkt sogenanntes „Tauschgut“ – kleine Gegenleistungen, die sich die Projektmacher gestaffelt nach Spendensumme ausdenken. Die Blühtopia-Aktivisten etwa haben Apfelsaftpakete angeboten, gepresst aus seltenen Sorten, oder die Möglichkeit, das eigene Pferd für ein paar Tage auf der Wiese weiden zu lassen. Die Betreiber der Biensausauna bedankten sich unter anderem mit Wachskerzen und Honig.

Bei den Spendenkampagnen gilt auf EcoCrowd nicht das „Alles oder nichts“-Prinzip, sondern „Flexible Funding“: Kommt die angestrebte Spendensumme am Ende nicht zustande, dürfen die Initiatoren der Kampagne das eingesammelte Geld trotzdem nutzen. „Nachhaltige Projekte können bereits mit kleineren Beträgen aktiv zum Umweltschutz beitragen“, so Saskia Letz. Die Realisierung der Projekte sei also gesichert. **ANSGAR WARNER**



Deutschlands grüne Bank

Machen Sie keine Kompromisse – entscheiden Sie sich auch bei Ihrer Geldanlage für die grüne Alternative. Die UmweltBank gibt Ihnen eine **100-prozentige Umweltgarantie**: Mit dem Geld unserer Kunden finanzieren wir ausschließlich grüne Zukunftsprojekte.

Unsere nachhaltigen Anlagen bieten Ihnen faire Renditen trotz Niedrigzinsphase:

- **UmweltSparbuch** – das flexible Sparkonto mit Zins-Plus
- **UmweltSparvertrag** – regelmäßiges Sparen mit dynamischem Bonus bis zu 100%
- **UmweltSparbrief** – mit Laufzeiten nach Maß und festem Zins

Langfristig höhere Renditen bieten grüne festverzinsliche Wertpapiere sowie Umweltfonds und Umweltaktien – allerdings bei höheren Risiken im Vergleich zu klassischen Sparanlagen.

Weitere Informationen finden Sie unter www.umweltbank.de. Gerne stehen wir Ihnen für Fragen telefonisch zur Verfügung. Rufen Sie uns an, wir sind Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr für Sie da: Telefon **0911 / 53 08 - 123**



Grenzenlos streiten

SCHLICHTUNG Ärger mit Onlinehändlern europaweit online lösen

Das Europäische Verbraucherzentrum (EVZ) hat ein Portal eingerichtet, auf dem Verbraucher Streitigkeiten mit Online-Händlern und Dienstleistern gütlich lösen können. Dort sind zugelassene Schlichtungsstellen in ganz Europa aufgelistet. Lücken in einigen Branchen und Ländern sollen bis Ende des

Jahres geschlossen werden. Auf dem Portal können Verbraucher Beschwerden in der Sprache ihrer Wahl einreichen. Die Schlichtungsentscheidung erhalten die Parteien am Ende des Verfahrens ebenfalls in der gewählten Sprache. Die Verfahren sollen innerhalb von maximal 90 Tagen abgeschlossen sein. Kos-

ten entstehen in Deutschland für Verbraucher nicht. **VE**

- Kostenlose Beratung des EVZ Deutschland rund um das Portal: Mo.–Fr. odr@evz.de oder Tel. (0 78 51) 9 91 48 60.
- Portal: webgate.ec.europa.eu/odr/main/?event=main.home.show